

# BTI 2018 | Fortschritt im Schneckentempo

## *Regionalbericht West- und Zentralafrika*

Von Matthias Basedau\*

Überblick zu den Transformationsprozessen in *Benin, Burkina Faso, Burundi, Côte d'Ivoire, Ghana, Guinea, Kamerun, der Republik Kongo, der Demokratischen Republik Kongo, Liberia, Mali, Mauretanien, Niger, Nigeria, Senegal, Sierra Leone, Togo, Tschad und der Zentralafrikanischen Republik*



Dieser Regionalbericht analysiert die Ergebnisse des Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung (BTI) 2018 im Untersuchungszeitraum vom 1. Februar 2015 bis zum 31. Januar 2017. Weitere Informationen finden Sie unter [www.bti-project.de](http://www.bti-project.de).

Zitiervorschlag: Matthias Basedau, Fortschritt im Schneckentempo – BTI-Regionalbericht West- und Zentralafrika, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung 2018.

Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.

---

\* Prof. Dr. Matthias Basedau ist Lead Research Fellow am GIGA German Institute of Global and Area Studies und lehrt an der Universität Hamburg. Er ist BTI-Regionalkoordinator für West- und Zentralafrika.

## Einleitung

Auf den ersten Blick scheint sich in der Region West- und Zentralafrika in den vergangenen zwei Jahren wenig verändert zu haben. In mancher Hinsicht scheint sich der Ruf der Region als Ort von Kriegen, Krisen, Krankheiten, Korruption und Katastrophen zu bestätigen. Dafür lassen sich auch für den aktuellen Untersuchungszeitraum zahlreiche Belege finden.

Die Demokratie hat auf den ersten Blick kaum wahrnehmbare Fortschritte gemacht. Im Wesentlichen verbleibt die Region auf mäßigem Niveau. Es gibt kein Land, das als konsolidierte Demokratie bezeichnet werden kann. Zudem bedrohen islamistischer Terror und Gewalt sowie zahlreiche andere Konflikte den Frieden und die Staatlichkeit. Zwei Staaten können als scheiternd bezeichnet werden. Mit der Demokratischen Republik Kongo und der Zentralafrikanischen Republik befinden sie sich in der Subregion Zentralafrika, die generell schlechter abschneidet als Westafrika.

Der Stand der wirtschaftlichen Transformation ist der niedrigste aller Vergleichsregionen des BTI. Währungen und Preise sind instabiler als noch vor zwei Jahren. Auch aufgrund der Abhängigkeit von Rohstoffexporten und den niedrigen Weltmarktpreisen – vor allem bei Erdöl – ist die wirtschaftliche Leistungsstärke in vielen Ländern gefallen. Die Nachwirkungen von Ebola zehren immer noch an den Volkswirtschaften in Ländern wie Guinea, Liberia und Sierra Leone. Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen sowie oftmals zwischen ethnischen Identitätsgruppen besteht kaum. Der Bildungs- und Forschungssektor wird sträflich vernachlässigt.

Die Governance ist auf den ersten Blick nur unzureichend geeignet, den Missständen Abhilfe zu schaffen. Das Regierungshandeln wird durch den höchsten Schwierigkeitsgrad aller Weltregionen zusätzlich beeinträchtigt. Strukturelle Probleme, das Fehlen zivilgesellschaftlicher Traditionen und oftmals gewaltsame Konflikte stellen die Regierungen vor große Herausforderungen. Die Steuerungsfähigkeit wird häufig dadurch getrübt, dass Regierungen weder eine liberale Demokratie noch eine sozialpolitisch eingehetzte Marktwirtschaft anstreben. Die Notwendigkeit sich Unterstützung gesellschaftlicher Gruppen zum Machterhalt zu sichern, ist eine der Ursachen für eine ausufernde Korruption und ihre schleppende Bekämpfung. Im Zusammenhang mit Machtkämpfen lassen manche Regierungen das Streben nach Interessenausgleich vermissen. Die internationale Zusammenarbeit mit Gebern genügt oft nicht, entscheidende wirtschaftliche und soziale Impulse für eine Kehrtwende zu setzen. Bisweilen dient Entwicklungszusammenarbeit als zusätzliche Machtstütze oder bestenfalls als ärgerliche Begleiterscheinung notwendiger internationaler Kooperation.

Dieses düstere Bild wird jedoch korrigiert, wenn man die langfristigen Entwicklungen in der Region genauer in den Blick nimmt. Die Fortschritte sind selten spektakulär und bewegen sich im Schnecken tempo, sind aber dennoch substantiell und nachweisbar.

Der größte Fortschritt ist in der politischen Transformation zu verzeichnen. Die Durchschnittswerte sind seit 2006 deutlich gestiegen. Noch nie waren so viele Länder als Demokratien zu bezeichnen wie im BTI 2018. Mit Burkina Faso kam ein weiteres Land hinzu, so dass zwei Drittel aller Staaten in der Region demokratische Mindeststandards erfüllen. An der Spitze steht wie so häufig Ghana, das seit seiner Demokratisierung zu Anfang der 1990er Jahre bereits den dritten Machtwechsel an der Wahlurne bewältigte. Auch in anderen Ländern mehren sich die friedlichen Machtwechsel. In Nigeria kam es im April 2017 zu einem historischen Ereignis, als Amtsinhaber Goodluck Jonathan

seine überraschende Niederlage in den Präsidentschaftswahlen gegen den Herausforderer Muhammadu Buhari akzeptierte und damit einen weitgehend gewaltfreien Übergang ermöglichte. Militärdiktaturen und von hegemonialen Parteien und Autokraten beherrschte Fassadendemokratien gehören zunehmend der Vergangenheit an, auch wenn sie noch in Ländern wie Mauretanien, Republik Kongo, und Tschad existieren. Selbst in Fällen enorm schwacher Staatlichkeit wie der Zentralafrikanischen Republik und der Demokratischen Republik Kongo gibt es Bemühungen um elektorale Demokratie.

Die Fortschritte im wirtschaftlichen und sozialen Bereich sind weniger spektakulär und werden zudem von aktuellen Problemen mit niedrigen Preisen auf dem Rohstoffmarkt gefährdet. Aber auch hier hilft der Blick auf die *longue durée*, positive Entwicklungen zu identifizieren. Gegenüber dem Beginn der Untersuchungen im BTI 2006 haben sich die Werte leicht verbessert. Gestützt wird dieser Befund durch die langfristig positive Entwicklung der menschlichen Entwicklung bei Bildung, Gesundheit und Einkommen nachgewiesen werden konnte.

Die relativen Erfolge dürfen keineswegs mit dem Erreichen absoluter Ziele verwechselt werden. Aus diesem Grund kommt der Governance von Regierung und Gesellschaft besondere Bedeutung zu. Trotz enorm schwieriger Rahmenbedingungen sind aber auch hier langfristig Erfolge zu verzeichnen. Der durchschnittliche Governance-Wert ist seit 2006 gestiegen. Dies ist besonders bemerkenswert, da sich die Regierungsleistungen in anderen Regionen teilweise deutlich verschlechtert haben.

Die meisten Regierungen haben große Defizite in der Gestaltungsfähigkeit und effizienten Nutzung von Ressourcen. Demgegenüber gibt es aber auch positive Entwicklungen in bestimmten Governancefeldern, etwa der Konsensbildung. Teilweise bleibt den Regierungen, die gegen islamistische Rebellen und Terroristen kämpfen, auch wenig anderes übrig, als auch auf Gegengewalt zu setzen, die jedoch in vielen Fällen wie Mali auch durch Verhandlungen und Friedensabkommen flankiert wird.

Bei der Bekämpfung des internationalen Islamismus ist die Region auf internationale Zusammenarbeit angewiesen. In der Nutzung internationaler Unterstützung für die eigene Entwicklungsagenda liegt traditionell eine Stärke der Regierungen West- und Zentralafrikas. Allerdings scheint nicht nur die Entwicklungszusammenarbeit mit dem Westen und anderen Gebern Fortschritte zu machen. Auch die Entwicklung von Regional Kooperation zeigt eine positive Entwicklung. Die durch internationalen Druck der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS erzwungene Abdankung des gambischen Präsidenten Yahya Jammeh, der zuvor die Präsidentschaftswahl verloren hatte, zeigt auch, dass gemeinsame demokratische Werte die Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten zunehmend bestimmen.

## Politische Transformation

Die politische Transformation in West- und Zentralafrika ist nicht spektakulär erfolgreich. Mit einem Durchschnittswert von 5,47 auf einer Skala von 1-10 bewegt sie sich lediglich im mittleren Bereich. Die Regionen Ostmittel- und Südosteuropa sowie Lateinamerika verfügen im Durchschnitt über deutlich bessere Demokratiequalität und staatliche Strukturen. Aber insbesondere im zeitlichen

Längsschnitt lässt sich im Vergleich zu anderen Regionen eine positive Bilanz ziehen. So ist der Stand politischer Transformation weiter fortgeschritten als in Asien und Ozeanien, dem postsowjetischen Eurasien und dem Nahen Osten und Nordafrika. Der BTI 2018 verzeichnet auch einen Wendepunkt im innerafrikanischen Vergleich: erstmals liegen die Staaten West- und Zentralafrikas im Schnitt vor denen des südlichen und östlichen Afrikas.

Tab. 1: Entwicklungsstand der politischen Transformation

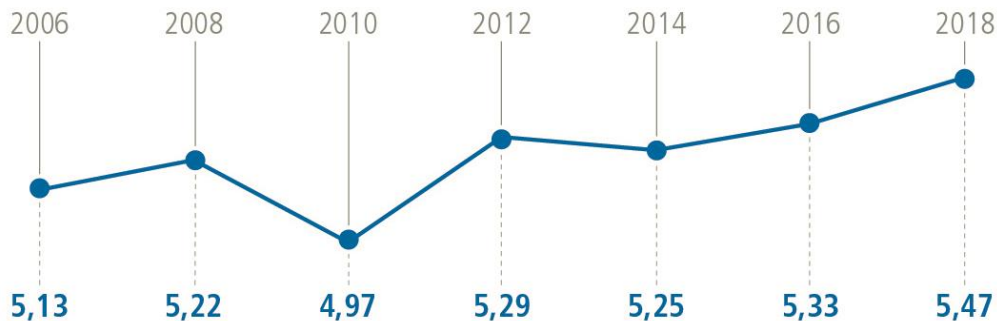
sich konsolidierende Demokratien Werte 10 bis 8	defekte Demokratien Werte < 8 bis 6	stark defekte Demokratien Werte < 6	gemäßigte Autokratien Werte ≥ 4	harte Autokratien Werte < 4
	Ghana	Mali	Togo	Kamerun
	Benin	Côte d'Ivoire	Mauretanien	Zentralafrikanische Rep. ●
	Senegal	Nigeria		DR Kongo ●
	Liberia			Tschad
	Burkina Faso ▲▲			Republik Kongo
	Niger			
	Sierra Leone			
	Guinea ▲			

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2018. Die Länder sind entsprechend ihrer Bewertung im Demokratie-Index angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2016, Punkte bezeichnen zerfallende Staaten.

Die Methodik des BTI unterscheidet unterhalb der allgemeinen Regimetypen Demokratie und Autokratie zwischen fünf Untertypen, davon drei demokratische (Demokratien, defekte Demokratien und stark defekte Demokratien) sowie zwei autokratische (gemäßigte Autokratie und harte Autokratie); zu den Autokratien zählen auch die sogenannten scheiternden Staaten, in denen die Staatlichkeit derartige Mängel aufweist, dass es sich keinesfalls um Demokratien handeln kann.

Wie Tabelle 1 ausweist, gibt es zwar keine Demokratie ohne Defekte, aber 11 von 18 Staaten lassen sich den Demokratien zuordnen. Angeführt wird das Feld von Ghana, dem auch in der Regel bei anderen Indikatoren und Kriterien des Demokratie-Indexes Senegal und Benin folgen. Die Kategorie der defekten Demokratien ist mit acht Ländern besetzt. Mali, Côte d'Ivoire und Nigeria, die mit erheblichen gewaltsamen Konflikten zu kämpfen hatten oder haben, bilden die Kategorie der stark defekten Demokratien. Mauretanien und Togo sind als gemäßigte Autokratien zu bezeichnen. Fünf zentralafrikanische Staaten müssen als harte Diktaturen eingeschätzt werden. Mit der Demokratischen Republik Kongo und der Zentralafrikanischen Republik sind darunter auch zwei scheiternde Staaten. Bemühungen um die Etablierung der Mehrparteiendemokratie waren hier bislang wenig erfolgreich.

Im zeitlichen Vergleich ist dies der Höchststand seit Beginn der Beobachtungen durch den BTI. Dies übertrifft noch einmal das Ergebnis vom BTI 2016, wo 10 von 18 Ländern demokratisch waren. Wie Grafik 1 aufzeigt, entspricht dies einem langfristigen Trend auch bei den Durchschnittswerten. Ungeachtet eines Einbruchs im BTI 2008 haben die Durchschnittswerte in den vergangenen 12 Jahren erkennbar zugenommen.

**Abb. 1: Politischer Transformationsstatus in West- und Zentralafrika, BTI-Durchschnittswerte 2006-2018**

Der aktuelle Gewinner des BTI ist Burkina Faso, das zwei Kategorien aufstieg und von einer Autokratie zu einer defekten Demokratie wurde. Diese Entwicklung markiert den Wandel von einem hegemonialen Parteiensystem unter Herrschaft des Blaise Compaoré zu einem kompetitiven Mehrparteiensystem. Nachdem Proteste den ehemaligen Putschisten zur Aufgabe der Macht gedrängt hatten, wurde eine Transitionsperiode eingeleitet, die trotz einiger Turbulenzen zu einer Verfassungsreform und demokratischen Wahlen führte und Roch Marc Kaboré von der neu gegründeten *Mouvement du peuple pour le progrès* (MPP) ins Präsidentenamt brachte.

Auch in Guinea hat sich das Demokratieniveau mit den Parlamentswahlen vor einigen Jahren verbessert. Guinea war ebenfalls jahrzehntlang von einem Putschisten regiert worden, der eine hegemoniale Partei nutzte, um seine Macht zu sichern.

Insgesamt scheint das Militär als politischer Akteur auf dem Rückzug zu sein. Zwar üben die Streitkräfte besonders in Mauretanien und auch in Togo und dem Tschad noch einen starken politischen Einfluss aus. Die Meutereien von Militärs in der Côte d’Ivoire zu Anfang 2017 entspringen hingegen eher dem Wunsch nach besserer Bezahlung und allgemeiner Behandlung als politischen Ambitionen. Offene Militärdiktaturen funktionieren besonders in Westafrika immer weniger.

Demokratische Machtwechsel sind der spektakulärste Beweis für den langfristigen politischen Wandel in der Region. Während zwischen der Unabhängigkeit der meisten Staaten um 1960 und dem Ende des Kalten Krieges praktisch kein Machtwechsel per Wahlen vollzogen wurde, hat sich spätestens seit Ende der 1990er Jahre ein grundlegender Wandel eingestellt.

Neben den Gründungswahlen nach dem Ende von autokratischen Regimen wie zuletzt in Burkina Faso sind Machtwechsel nach regulären Wahlen ein besonderes Reifezeugnis von Demokratie, das von Politikwissenschaftlern wie Samuel Huntington bei zweimaligem Vorliegen als Konsolidierungsmerkmal angesehen wird. Dies gilt insbesondere, wenn eine im Amt befindliche Regierung zu den Wahlen antritt, dann aber abgewählt wird. In der aktuellen Beobachtungsperiode gibt es davon zwei besonders deutliche Beispiele.

In Ghana gelang es der oppositionellen New Patriotic Party (NPP) den regierenden National Democratic Congress (NDC) sowohl bei Präsidentschafts- als auch bei Parlamentswahlen zu besiegen und als Regierung abzulösen. In Ghana lassen sich auch die in der Region ansonsten selten anzutref-

fenden programmatischen Unterschiede zwischen Parteien ausmachen. Die liberal-konservativ ausgerichtete NPP profitierte dabei von der wenig glücklichen Wirtschaftspolitik der sozialistischen NDC. Der Machtwechsel in Ghana war bereits der dritte Vorgang dieser Art seit Beginn der Demokratisierung zu Anfang der 1990er Jahre.

Der Machtwechsel in Nigeria im April 2015 verdient ebenso das Prädikat historisch. Bislang waren Amtsinhaber in der Regel aus dem Amt geputscht worden oder waren bestenfalls freiwillig abgetreten. Die Wahlniederlage eines Amtsinhabers ist ein Novum in der nigerianischen Geschichte. Goodluck Jonathan konnte auch nicht der Missbrauch von Erdöleinkünften für Wahlkampfzwecke helfen, um die Wahlen gegen seinen Widersacher Buhari doch noch zu gewinnen. Die Hoffnung, die sich aus dem Vorgang speist, bezieht sich indes weniger auf den neuen Präsidenten, der als vormaliger Angehöriger einer Militärjunta seine demokratische Integrität und Gestaltungsfähigkeit noch beweisen muss; die Akzeptanz der Wahlniederlage durch den unterlegenen Jonathan verhinderte jedoch nicht nur viel Blutvergießen, sondern lässt auch hoffen, dass nigerianische Eliten die demokratischen Spielregeln zunehmend achten.

Zu den demokratischen Spielregeln gehört auch die Einhaltung von Amtszeitbeschränkungen für das höchste Staatsamt. Die meisten west- und zentralafrikanischen Verfassungen verbieten eine Wiederwahl des Präsidenten nach zwei Amtsperioden. Inzwischen gehört es in einer Mehrheit der Länder zum guten Ton, dieser Vorgabe zu folgen. Dazu gehören Nigeria, wo auch ein Nord-Süd-Proporz eingehalten wird, oder der Senegal. Auch in Benin wurde die Amtszeitbeschränkung respektiert und Thomas Yayi Boni trat nicht zur Wiederwahl an. Auch Liberias Präsidentin Ellen Johnson-Sirleaf, das einzige weibliche Staatsoberhaupt des Kontinents, respektierte die Verfassung, indem sie bei den Wahlen im Oktober 2017 nicht für eine dritte Amtszeit antrat.

Versuchen Präsidenten mit Tricks oder anderen Maßnahmen solche Vorgaben zu umgehen, dann ist dies als Hinweis für demokratische Defizite zu werten. Nicht verwunderlich ist daher, dass solche Amtszeitbegrenzungen im Tschad, in Kamerun und der Republik Kongo einfach abgeschafft oder kunstvoll umgangen wurden, indem Verfassungen geändert wurden, um dann zu verlautbaren, dass die derzeitige Amtszeit die erste nach der neuen Verfassung sei. Wenig demokratische Gesinnung zeigt auch die Verschiebung von Wahlen wie in der Demokratischen Republik Kongo. Das Mandat von Joseph Kabila, der bereits seit dem Tod seines Vaters 2001 an der Macht ist, ist abgelaufen. Vieles deutet darauf hin, dass er nicht beabsichtigt auch tatsächlich abzutreten.

Die Versuche, Machtbeschränkungen zu umgehen, zeigen, dass trotz der positiven Entwicklung nicht alles zum Besten steht mit der Demokratie in der Region. Das absolute Demokratieniveau ist nicht sehr hoch. Selbst der Spitzenreiter Ghana gehört noch zu den defekten Demokratien. Für die Defekte in den westafrikanischen Demokratien sind vor allem unzureichende politische Partizipation, Rechtsstaatlichkeitsdefizite und schwache Staatlichkeit verantwortlich. Diese Defizite sind umso stärker in den Autokratien Zentralafrikas und Westafrikas, hier insbesondere Togo und Mauretanien, ausgeprägt.

Selbst in den demokratischen Regimen kommt es hin und wieder zu Unregelmäßigkeiten bei Wahlen. Dazu zählen beispielsweise veraltete Wählerlisten oder die Bevorzugung der Regierung im Wahl-

kampf. Im Niger musste der Oppositionsführer Hama Amadou, dem kriminelle Machenschaften vorgeworfen wurden, seinen Wahlkampf für die allgemeinen Wahlen im Frühjahr 2016 zunächst aus einer Gefängniszelle führen. Nachdem der erste Wahlgang zugunsten des Amtsinhabers Mahamadou Issoufou ausgegangen war, verzichtete Amadou darauf, im entscheidenden zweiten Wahlgang anzutreten.

Vetoakteure schränken die Regierungstätigkeit der gewählten Entscheidungsträger in einigen Ländern ein. Trotz des schleichenden Rückzugs des Militärs in die Kasernen ist das Militär in vielen Ländern noch politischer Akteur. Korruption und eine Dominanz der Exekutive unterminieren die Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung. Erhebliche Defizite gibt es nach wie vor bei der Staatlichkeit. Während die nationale Identität in der Regel keine Streitfrage darstellt, sind weder Gewaltmonopol noch die Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Gütern und ein Mindestmaß an Verwaltung in allen Ländern auch nur annähernd gesichert. Mit der Demokratischen Republik Kongo und der Zentralafrikanischen Republik gehen diese Defizite so weit, dass von scheiternden Staaten gesprochen werden muss. In vielen Staaten des Sahel gibt es vielfach vom Staat kaum kontrollierte Räume.

Die größte Beeinträchtigung und Gefahr für die Demokratie in Afrika resultiert aber aus dem politischen Islam. Die Verfassungen der Staaten West- und Zentralafrikas sind traditional liberal und laizistisch; der subsaharische Islam gilt gemeinhin als vergleichsweise liberal. Und dennoch hat sich eine fundamentalistische und gewaltsame Auslegung des Islam auch im subsaharischen Afrika ausgebreitet. Teilweise ist die Radikalisierung ein Import. Geld aus und Aufenthalte in Saudi-Arabien gehen mit der Ausbreitung fundamentalistischen Gedankenguts einher. Der bewaffnete Islamismus im Sahel hat enge Verbindungen zu Nordafrika.

Der Aufstand von islamistischen Gruppe Boko Haram schien zeitweise unaufhaltsam. Nachdem Nachbarländer sich dem Kampf gegen die Islamisten angeschlossen hatten, kam es zu Zusammenstößen mit Sicherheitskräften und Terroranschlägen in den Nachbarländern Tschad, Niger und Kamerun. Auch in Mali schwelte die islamistische Gewalt weiter. Der gesamte Sahel ist potenziell durch islamistischen Fundamentalismus bedroht.

Religiöse Konflikte fordern Frieden und Demokratie in besonderer Weise heraus, und die Gewalt geht keineswegs nur von den Islamisten aus. In der Zentralafrikanischen Republik kam es zu Auseinandersetzungen zwischen christlichen Milizen und muslimischen Séléka-Rebellen, die 2013 zeitweise die Regierungsgeschäfte an sich gerissen hatten. Die christlichen Milizen wehrten sich zunächst nur gegen die muslimische Regierung, setzten ihre Angriffe auf die muslimische Minderheitsbevölkerung aber nach dem Sturz der Rebellenregierung fort. Die zentralafrikanische Übergangsregierung und die UN-Friedenstruppen hatten große Mühe Übergriffe zu verhindern. Nach der Wahl einer regulären Regierung schwelen die Konflikte weiter.

## Wirtschaftliche Transformation

Für die wirtschaftliche Transformation überwiegt auf den ersten Blick der negative Befund, der auch in den Vorjahren gemacht werden musste: In keiner Region des BTI ist der Stand der wirtschaftlichen Transformation geringer als in West- und Zentralafrika. In keinem der Länder gibt es eine vollständig funktionsfähige soziale Marktwirtschaft. Armut und soziale Exklusion sind weitverbreitet, soziale Sicherheitssysteme und zukunftssichernde Bildungseinrichtungen existieren häufig nur auf rudimentärem Niveau. Die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung ist unzureichend gesichert und wird zudem von Seuchen wie Ebola oder dem Dauerproblem Malaria bedroht. Die Volkswirtschaften sind stark abhängig von den Exporten von Rohstoffen und daher anfällig für Schwankungen der Weltmarktpreise und anderer Effekte des sogenannten „Ressourcenfluchs“.

Insgesamt kann auf der Aggregatebene sogar ein leichter Negativtrend beobachtet werden – der allerdings mit 0,07 Punkten sehr gering ausfällt. Getrieben wird die negative Entwicklung durch Einbußen bei der Währungs- und Preisstabilität (-0,22) und der Leistungsstärke der Volkswirtschaft (-0,17). Extreme Armut und Ungleichheit bleiben unverändert die größten Herausforderungen auf dem Weg zu wirtschaftlicher Teilhabe und Wohlstand. Immerhin lässt die leicht verbesserte Qualität der Sozialordnungen (+0,11) mittel- und langfristig auf sozioökonomische Fortschritte hoffen.

Die größten Zuwächse in der wirtschaftlichen Transformation gab es in der Zentralafrikanischen Republik, die sich teilweise von den heftigen Konflikten wirtschaftlich etwas erholen konnte (+0,39). Nigerias Marktwirtschaft steht ungeachtet der positiven politischen Entwicklung vor noch größeren Herausforderungen als Anfang 2015. Hauptursachen sind hierbei der anhaltende Konflikt mit den islamistischen Rebellen von Boko Haram und insbesondere der anhaltend niedrige Ölpreis; Nigerias Exporte bestehen zu über 90% aus Erdöl.

**Tab. 2: Entwicklungsstand der wirtschaftlichen Transformation**

entwickelte Marktwirtschaften	funktionsfähige Marktwirtschaften	Marktwirtschaften mit Funktionsdefiziten	schlecht funktionierende Marktwirtschaften	rudimentäre Marktwirtschaften
Werte 10 bis 8	Werte < 8 bis 7	Werte < 7 bis 5	Werte < 5 bis 3	Werte < 3
		Ghana	Côte d'Ivoire	Zentralafrikanische Rep.
		Senegal	Togo	DR Kongo
		Benin	Liberia	
			Kamerun	
			Burkina Faso	
			Guinea	
			Mali	
			Mauretanien	
			Sierra Leone	
			Niger	
			Nigeria	
			Republik Kongo	
			Tschad	

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2018. Die Länder sind entsprechend ihrer Bewertung im Marktwirtschafts-Index angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2016.



Kein Land in West- und Zentralafrika weist eine entwickelte oder funktionsfähige Marktwirtschaft auf (siehe Tabelle 2). Dennoch bleibt die Diskrepanz zwischen den etwas weiter fortgeschrittenen und den rudimentären Marktwirtschaften enorm. Ghana, Senegal und Benin haben einen im Vergleich mit anderen Transformationsländern mittleren wirtschaftlichen Transformationsstand erreicht. Demgegenüber sind die Entwicklungsdefizite in der Zentralafrikanischen Republik und der Demokratischen Republik Kongo weiterhin besonders stark ausgeprägt. Das Gros der Region wird als schlecht funktionierende Marktwirtschaft eingeschätzt. Mit der Zentralafrikanischen Republik und der Demokratischen Republik Kongo gilt Marktwirtschaft in zwei Fällen als lediglich rudimentär. An dieser Einteilung hat sich gegenüber dem BTI 2016 nichts geändert.

Neben den leicht verschlechtern Werten bei den marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen hat die Leistungsfähigkeit einiger Volkswirtschaften nachgelassen, so dass es zu einem negativen Saldo kommt. Bei sieben Ländern ist eine verschlechterte Leistung zu konstatieren, die sich unter anderem in höherer Inflation, geringerem Wachstum und steigenden Schulden äußert. Auffällig ist die negative wirtschaftliche Entwicklung in Ghana, das ansonsten in den meisten anderen Kriterien des BTI überdurchschnittlich bewertet wird. Grund hierfür ist die unglückliche Hand der NDC-Regierung in der Wirtschaftspolitik. Eine hausgemachte Wirtschaftskrise hat entscheidend zum eindeutigen Wahlsieg der Oppositionspartei NPP beigetragen.

Keine Überraschung ist, dass Erdölexporture wie die Republik Kongo, Nigeria und der Tschad sowie – in abgeschwächter Form – Mauretanien zu den Verlierern bei der Leistungsstärke der Volkswirtschaft gehören. Der anhaltend niedrige Ölpreis stellt ein besonderes Problem für diese Länder dar, da sie von Erdölexporten abhängig sind. Dieses Phänomen lässt sich weit über die Region hinaus auch in anderen Erdöl exportierenden Ländern beobachten und wird vielerorts durch katastrophale Governance noch verstärkt. Ähnlich gelagert ist das Problem in Sierra Leone, dessen Exportwirtschaft erheblich unter stark gefallenen Weltmarktpreisen für Eisenerz und Diamanten leidet.

Der Befund der Abhängigkeit von Rohstoffen als Ursache für Performanceschwächen gilt jedoch nur eingeschränkt. Auch Länder wie Guinea, Kamerun und Liberia sind stark von (diversen) Rohstoffexporten abhängig, haben sich aber nicht verschlechtert. Ein weiteres rohstoffabhängiges Land, die Zentralafrikanische Republik, wartet gar mit der größten Verbesserung der wirtschaftlichen Transformation im Untersuchungszeitraum auf. Diese Erholung beruht allerdings vor allem auf der Friedensdividende. Zudem geht dieses Wachstum von sehr niedrigem Niveau aus.

Die nachlassende Wirtschaftskraft in der Region sollte nicht den Blick für positive Aspekte und langfristige Fortschritte der wirtschaftlichen Transformation insgesamt verstellen. Hierbei sind vor allem die beiden Kriterien Preis- und Währungsstabilität und die Sozialordnung zu nennen.

Die Preis- und Währungsstabilität ist schon seit vielen Jahren hinreichend in West- und Zentralafrika gegeben. Hauptgrund ist die Währungsunion der meisten ehemaligen französischen Kolonien. Im Rahmen der Währungsunion des Franc CFA, der an den Euro gekoppelt ist, bestimmen zwei unabhängige Zentralbanken die Geld- und Wechselkurspolitik. Die westafrikanische Zentralbank weist die deutlich bessere Performance auf als die zentralafrikanische. Die Währungsräume schränken zwar die nationale Gestaltungsfähigkeit bei der Geldpolitik ein, und durch die feste Bindung an den Euro setzen sich die Mitgliedstaaten Ansteckungsgefahren durch Eurokrisen aus. Diese Nachteile

werden jedoch durch die generell eher niedrigen Inflationsraten der Mitglieder der Währungsunion (Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Kamerun, die Republik Kongo, Mali, Niger, Senegal, Togo, Tschad und Zentralafrikanische Republik) mehr als aufgewogen. Denn die Nichtmitglieder Ghana, Guinea, Liberia, Mauretanien, Nigeria, die Demokratische Republik Kongo und Sierra Leone mussten allesamt höhere Preissteigerungen hinnehmen.

Die Betrachtung mittelfristiger BTI-Trends verdeutlicht, dass sich trotz aller Defizite ein langsamer aber spür- und messbarer Fortschritt in Kernbereichen der wirtschaftlichen und sozialen Transformation eingestellt hat. Dies kann anhand des von den Vereinten Nationen erstellten Index der Menschlichen Entwicklung, dem Human Development Index (HDI), veranschaulicht werden. Der HDI misst wesentliche Merkmale menschlicher Entwicklung wie Pro-Kopf-Einkommen, Bildungsstand und Lebenserwartung.

Der Vergleich über die Zeit verdeutlicht, dass sich die sozioökonomische Lage der Bevölkerung über die Jahre stark verbessert hat. Wie Tabelle 3 ausweist, sind zwar nicht für alle Länder durchweg Daten vorhanden. Für Nigeria, Liberia, Guinea und Burkina Faso ist die Datenlage relativ dünn. Allerdings sind die absoluten Werte des HDI praktisch für alle Länder von 1990 bis 2015 durchweg gestiegen.

**Tabelle 3: Entwicklung der menschlichen Entwicklung 1990-2015**

	HDI (2015)		Durchschnittliche jährliche Veränderung		
	Wert	Rang	1990-2000	2000-2010	2010-2015
Welt (188 Staaten)	0.717		+0.7%	+0.8%	+0.6%
Republik Kongo	0.592	138	-0.7%	+1.4%	+1.2%
Ghana	0.579	139	+0.6%	+1.3%	+0.9%
Nigeria	0.527	152			+1.1%
Subsahara-Afrika	0.523		+0.5%	+1.7%	+1.0%
Kamerun	0.518	153	-0.2%	+1.1%	+1.3%
Mauretanien	0.513	157	+1.6%	+0.9%	+1.0%
Senegal	0.494	162	+0.4%	+1.8%	+1.7%
Togo	0.487	166	+0.5%	+0.7%	+1.3%
Benin	0.485	167	+1.4%	+1.4%	+1.3%
Côte d'Ivoire	0.474	171	+0.2%	+1.1%	+1.4%
Mali	0.442	175	+2.9%	+3.1%	+1.8%
Demokratische Republik Kongo	0.435	176	-0.7%	+1.9%	+1.8%
Liberia	0.427	177		+0.5%	+1.0%

Sierra Leone	0.420	179	+1.0%	+2.7%	+1.4%
Guinea	0.414	183	+1.7%	+1.8%	+1.5%
Burkina Faso	0.402	185			+1.3%
Tschad	0.396	186		+2.1%	+1.4%
Niger	0.353	187	+1.9%	+2.4%	+1.8%
Zentralafrikanische Republik	0.352	188	-0.2%	+1.4%	-0.5%

Quelle: Human Development Report 2016

Anmerkung: Die Länder sind in der Reihenfolge ihres Rangs im Human Development Index (HDI) aufgeführt. Nur Republik Kongo und Ghana haben ein mittleres Entwicklungsniveau, alle anderen ein niedriges Entwicklungsniveau. Die letzten vier Länder bilden zugleich die Schlusslichter des HDI 2016 (für 2015).

Nur das Jahrzehnt zwischen 1990 und 2000 war von einem relativ geringen Wachstum beim HDI gekennzeichnet. Besonders Länder wie die Demokratische Republik Kongo oder die Republik Kongo, die von heftigen gewaltsamen Konflikten erschüttert wurden, bezahlten dies sogar mit einem Rückgang der menschlichen Entwicklung. Seit dem Jahr 2000 sind die Zahlen mit Ausnahme der Zentralafrikanischen Republik positiv. Wenn wir den gesamten Zeitraum von 1990 bis 2015 betrachten, dann gibt es nur positive Entwicklungen.

Der absolute Fortschritt darf natürlich nicht mit einer aufholenden Entwicklung gegenüber anderen Regionen verwechselt werden. Die Länder West- und Zentralafrikas verharren oft auf den hinteren Plätzen des Index und haben meist bestenfalls wenige Ränge gut machen können und teilweise sogar Platzierungen eingebüßt. Die langfristigen Erfolge machen Hoffnung, aber der Fortschritt bewegt sich im Schneckentempo.

## Governance

Die Region West- und Zentralafrika kämpft vor allem im sozioökonomischen aber auch im politischen Bereich mit zahlreichen Herausforderungen. Grundsätzlich ist der Stand der politischen und wirtschaftlichen Transformation untrennbar mit dem entsprechenden Management verbunden – und die Korrelationen von Status und Governance sind entsprechend hoch. Ein besserer Stand der politischen und wirtschaftlichen Transformation geht meist auch mit einer ansprechenden Governance einher. Allerdings ist dies kein deterministischer Zusammenhang. Die Steuerungs- und Implementationsleistung der Regierungen ist wesentlich volatiler als der ökonomische und politische Transformationsstatus. Gegenüber dem BTI 2016 hat sich die Governance kaum verändert (-0,03). Allerdings hat sich die Region seit dem BTI 2006 im interregionalen und globalen Bereich am stärksten verbessert (von 4,48 auf 4,82, siehe Grafik 2).

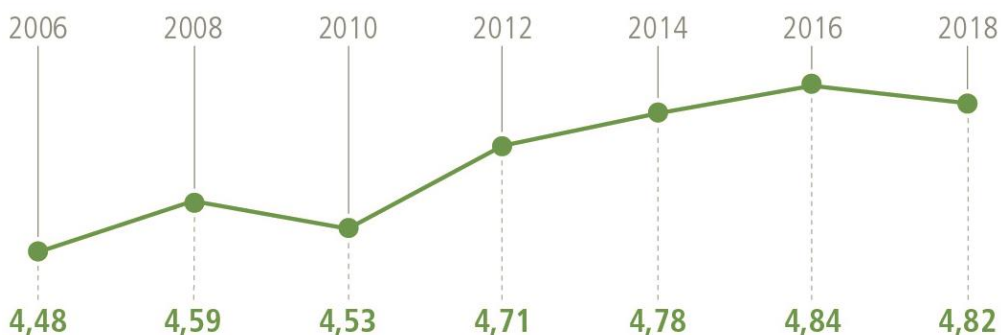
Tab. 4: Qualität der Governance

sehr gut	gut	mäßig	schwach	gescheitert
Werte 10 bis 7	Werte < 7 bis 5,6	Werte < 5,6 bis 4,3	Werte < 4,3 bis 3	Werte < 3
	Senegal	Côte d'Ivoire	Zentralafrikanische Rep.	Tschad
	Ghana	Burkina Faso	Mauretanien	DR Kongo
	Niger	Mali	Kamerun	
	Benin ▲	Togo	Republik Kongo	
	Liberia	Sierra Leone		
	Guinea	Nigeria ▲		

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2018. Die Länder sind entsprechend ihrer Bewertung im Governance-Index angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2016.

Dieser Aufwärtstrend spiegelt sich auch in einer größeren Streuung der Gesamteinstufungen bei der Transformationsleistung wider. Zwar bleibt die beste Kategorie einer sehr guten Bewertung der politischen Governance wie in den voran gegangenen Runden des BTI unbesetzt, aber immerhin sechs Regierungen wird ein gutes Transformationsmanagement attestiert. Senegal verteidigt seine Spitzenposition. Ghana bleibt weiter auf dem zweiten Platz, da die mäßige Wirtschaftspolitik der NDC-Regierung, die im Dezember 2016 zu deren Abwahl führte, eine weitere Verschlechterung der Governance widerspiegelte. Neu hinzugekommen in der Gruppe der gut regierten westafrikanischen Staaten ist Benin. Der erneute Wechsel an der Spitze der Regierung lässt Hoffnungen aufkeimen. Nachdem Thomas Yayi Boni nach seiner zweiten Amtszeit nicht wieder antrat, wurde mit Patrice Talon im März 2016 ein neuer Präsident gewählt, der eine ambitionierte Reformagenda vertritt.

Abb. 2: Governance in West- und Zentralafrika, BTI-Durchschnittswerte 2006-2018



Der größte relative Gewinner in der Governanceleistung ist hingegen Nigeria, das sich in die Kategorie der mäßigen Governance vorarbeitete, die ebenfalls von sechs Ländern gebildet wird. Vor allem im politischen Bereich, unter anderem bei der Bekämpfung von Boko Haram, konnte der neue Präsident Buhari deutlich größere Erfolge erringen als sein abgewählter Vorgänger Jonathan. Auf den neuen Präsidenten warten aber weiter immense Aufgaben, die schwer zu bewältigen sein dürften.

Schwaches politisches Management kennzeichnet die Zentralafrikanische Republik, Mauretanien, Kamerun und die Republik Kongo; letztere stellt den größten Verlierer beim Management dar. Dies ergibt sich vor allem aus einer geringen Koordinations- und Lernfähigkeit der Regierung unter Denis Sassou-Nguesso sowie Mängeln bei der Konsensbildung und internationaler Zusammenarbeit. Der Tschad und die Demokratische Republik Kongo lassen keinerlei Transformationsmanagement mit dem Ziel einer liberalen Demokratie und einer sozial verantwortlichen Marktwirtschaft erkennen.

Die verschiedenen Kriterien zeigen ein unterschiedliches Profil. Der Schwierigkeitsgrad für die Transformation ist unverändert der höchste im gesamten BTI. Verschiedenste strukturelle Probleme sind groß und zivilgesellschaftliche Traditionen gering. Häufig sind gewaltsame Auseinandersetzungen ein zusätzliches Transformationshindernis. Mit Ausnahme von Benin, Ghana, Senegal, und Togo mit moderatem Schwierigkeitsgrad sind die Probleme überall substantiell oder wie im Falle der Zentralafrikanischen Republik sogar massiv.

Die daraus entstehenden massiven Hindernisse für erfolgreiches Transformationsmanagement erklären Defizite nur teilweise. Bei der Gestaltungsfähigkeit gelingt es vielen Regierungen nicht, über kurzfristige Ziele hinaus zu denken. Oftmals steht der Machterhalt im Vordergrund und nicht die Entwicklung einer liberalen Demokratie und sozialen Marktwirtschaft. Besonders schlecht in dieser Hinsicht schneiden der Tschad und die Demokratische Republik Kongo ab, aber auch die Spitzenreiter Senegal und Ghana weisen nur mäßige Werte auf. Das relativ gute Abschneiden von Guinea mag überraschen. Allerdings ist es der Regierung von Alpha Condé gelungen, das Investitionsklima im Bergbausektor zu verbessern und die Kontrolle über den Vetoakteur Militär zu verstärken. Auch makroökonomisch präsentiert sich das Land auffällig stabil.

Die Ressourceneffizienz gehört hingegen nach wie vor zu den Schwachpunkten der Governance in West- und Zentralafrika. Oftmals erfordert die Regierungspolitik, dass verschiedene gesellschaftliche Gruppen in die Regierung einbezogen werden, was die Größe der Kabinette anschwellen lässt und ihre Effizienz verringert. Die Demokratische Republik Kongo, Nigeria oder Kamerun sind dafür Beispiele.

Die Korruptionsbekämpfung wird zwar fast überall zunehmend institutionalisiert. Auch kommt es in vielen Ländern zur Aufdeckung und Strafverfolgung von Korruptionsskandalen. Unklar bleibt aber in einigen Fällen, ob es nicht bei Lippenbekenntnissen bleibt – oder die Korruptionsbekämpfung selektiv eingesetzt wird, um politische Gegner zu bekämpfen. Ein Beispiel dafür ist die Behandlung des Oppositionsführers im Niger. Kaum hatte Hama Amadou von der ehemaligen Regierungspartei MNSD seine Kandidatur erklärt, tauchten Vorwürfe wegen Kinderhandels auf. Unklar bleibt, ob die Vorwürfe zutreffen oder nicht. Jedenfalls musste Amadou den Wahlkampf zur Präsidentenwahl aus der Haft führen, bevor er auf seine Kandidatur für die Stichwahl gegen den Amtsinhaber, auch aus Mangel an Siegeschancen, verzichtete.

Die Konsensbildung ist ein multidimensionales Kriterium, das mehrere Indikatoren einschließt. Alle Indikatoren zusammengenommen schneiden Senegal, Benin und Ghana gut ab. Hingegen streben die relevanten politischen Akteure des Tschad, der Republik Kongo und der Demokratischen Republik Kongo eine liberale Demokratie und soziale Marktwirtschaft überhaupt nicht an. Dies äußert sich dann auch darin, dass in diesen und anderen Staaten wie Kamerun und Mauretanien keine Einigkeit

bezüglich dieser normativen Ziele besteht und die Regierungen selbst – und/oder die mit ihnen verbündeten Militärs – die eigentlichen Vetoakteure und Reformblockierer darstellen.

Wegen der hohen Gewaltbelastung in der Region ist es enorm wichtig, wie Regierungen mit gesellschaftlichen Konfliktlinien umgehen. In fünf Ländern gelang es relativ überzeugend, der Eskalation von Spannungspotentialen zwischen Bevölkerungsgruppen vorzubeugen. Dies gilt für Benin, Liberia und Senegal sowie mit Abstrichen Ghana. Hier wurden politische Gewaltausbrüche erfolgreich verhindert. Die gilt auch für Nigeria, obwohl das Niveau der Gewalt insgesamt hoch ist.

Für den Rest der Regierungen ist der Befund ernüchternder. Besonders problematisch gestaltete sich das Cleavage-Management in der Republik Kongo. Der langjährige Präsident Denis Sassou Nguesso, der bei Fassadenwahlen im Oktober 2016 wie erwartet im Amt bestätigt wurde, ging anschließend massiv gegen die Opposition vor. Insbesondere in der Pool-Region, wo die ethnische Gruppe der Lari traditionell zu den Gegnern des Regimes gehört, kam es zu einer brutalen und gewaltsamen Repression.

Im Tschad sah es nicht viel besser aus. Obwohl es der Regierung unter Idriss Déby zunehmend gelungen ist, zahlreiche sogenannte politisch-militärische Bewegungen zu marginalisieren, geht die Dominanz durch die ethnische Gruppe des Präsidenten unvermindert weiter. Für besondere Empörung sorgten Vergewaltigungen junger Frauen durch Angehörige des Zaghawa-Clans, unter ihnen Verwandte von Regierungsmitgliedern.

In anderen Ländern gestaltet sich das Management der Konfliktlinien trotz positiver Bemühungen schwierig. In Nigeria ist einerseits ein militärisches Vorgehen gegen die brutalen Islamisten von Boko Haram unerlässlich. Andererseits ist auch darauf zu achten, Gewalt maßvoll einzusetzen und Zivilisten zu schonen. Zudem schwelen andere Konfliktlinien im Land. Da ist der traditionelle Nord-Süd-Konflikt, der auch eine ethno-religiöse Dimension aufweist. Darüber hinaus gibt es Aufruhr im Süden mit wieder aufkeimenden Protesten der Igbo-Region (ehemaliges Biafra). Im Niger-Delta ist zuletzt der Konflikt ebenfalls wieder aufgeflammt. In Nigeria wird durch verschiedene Maßnahmen versucht, dem Aufbrechen alter Konfliktlinien entgegenzuwirken. Dazu gehören Proporzregelungen bezüglich der Besetzung von Regierungsposten und die Vorschrift, dass politische Parteien einen multiethnischen und nationalen Charakter haben müssen.

Die internationale Zusammenarbeit gehört seit Beginn der Erhebungen des BTI zu den Kriterien, bei denen die Länder der Region am besten abschneiden. Dies ist einerseits auf die Abhängigkeit von Entwicklungshilfe zurückzuführen, die einen starken Kooperationsanreiz darstellt. Dennoch unterscheiden sich die Länder durchaus untereinander und den meisten Regierungen sollte intrinsische Motivation zur Kooperation nicht von vornherein abgesprochen werden. Senegal und Ghana stechen in dieser Hinsicht heraus. Auch Burkina Faso, Côte d'Ivoire und Niger schneiden gut ab, gefolgt von sieben weiteren Staaten, wo internationale Zusammenarbeit gleichermaßen gut funktioniert. Wenig Anzeichen für globale Kooperationsbereitschaft zeigen vor allem erneut die Demokratische Republik Kongo, die Republik Kongo und der Tschad.

Positiv hervorzuheben ist die spürbar verbesserte regionale Kooperation zwischen den Staaten der Region (+0,28). Hier wird überdies abermals und ausgeprägt eine Differenz zwischen West- und

Zentralafrika deutlich. Die regionale Zusammenarbeit in Westafrika ist durchweg besser. Dies wird nicht zuletzt veranschaulicht durch das Agieren der Regionalorganisation ECOWAS anlässlich der Wahlkrise in Gambia, das aufgrund seiner geringen Bevölkerungszahl nicht vom BTI untersucht wird. Der langjährige Präsident Yayha Jammeh hatte die Wahlen im Dezember 2016 überraschend verloren. Noch überraschender war seine vorläufige Akzeptanz des Wahlergebnisses, die er jedoch nach wenigen Tagen zurücknahm.

Die Krise wurde regional im Rahmen der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) gelöst. Auf Druck von Senegal und Nigeria sowie anderer Staaten erklärte sich Jammeh schließlich bereit, das Land zu verlassen und Platz für seinen Nachfolger Adama Barrow zu machen. Dies fügt sich in ein Gesamtbild. Die wachsende Anzahl der friedlichen und demokratischen Machtwechsel ist ebenso ein Beleg für einen deutlichen Wandel wie der Umstand, dass auch anderswo gewaltsame Machtübernahmen von Regionalorganisationen nicht mehr akzeptiert werden. Vieles spricht dafür, dass in Westafrika zunehmend demokratische Werte Wurzeln schlagen. Es sei freilich davor gewarnt, diese Errungenschaften zu überschätzen.

Nur in der Subregion Zentralafrika ticken die Uhren offenbar anders. Der kongolesische Präsident Kabila, im Amt seit 2001 und eigentlich am Ende seiner zweiten und letzten Amtszeit, hat zwar verlautbaren lassen, eventuell zurücktreten zu wollen. Die eigentlich anstehenden Wahlen wurden aber erst einmal auf unbestimmte Zeit verschoben.

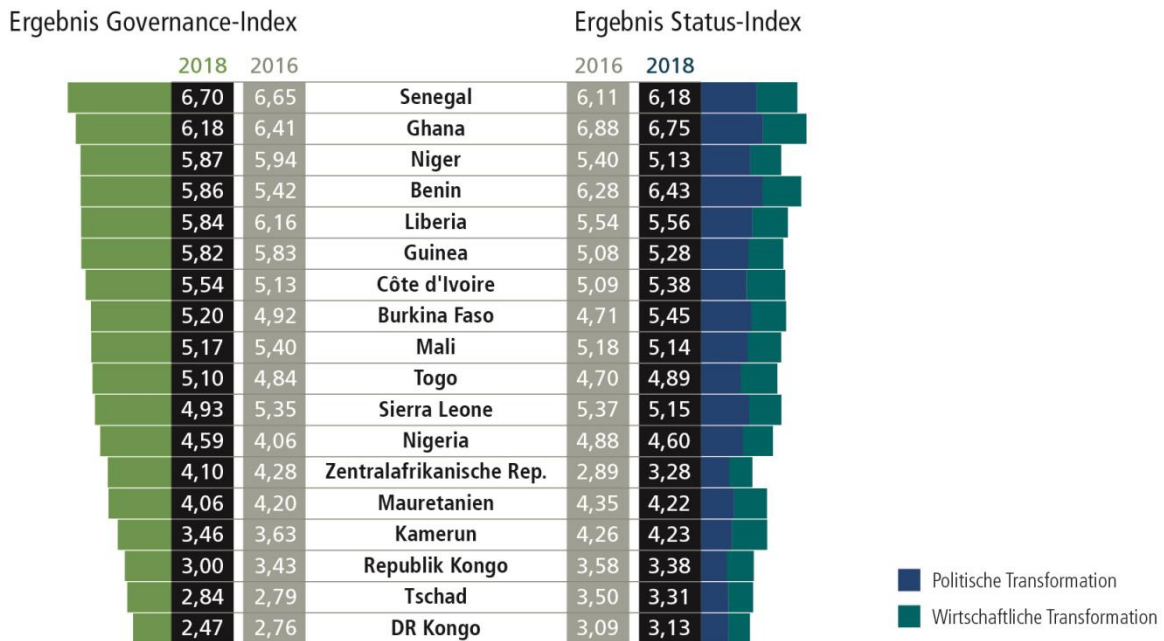
## Ausblick

Die Entwicklungen in der politischen und wirtschaftlichen Transformation und Governance in West- und Zentralafrika in den letzten Jahren haben einerseits viele und erhebliche Herausforderungen gezeigt. Andererseits gibt es gerade beim Blick auf die langfristigen Entwicklungen Anlass zur Hoffnung. Demokratie und demokratische Einstellungen scheinen zu wachsen und auch die sozioökonomische Entwicklung hat sich langsam aber stetig verbessert.

Es wäre jedoch töricht, weitere Fortschritte für garantiert zu halten. Zukünftige Entwicklungen in der politischen und wirtschaftlichen Transformation und der Governance in der Region sind nicht wirklich seriös vorherzusagen. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass nachhaltige und schnelle Veränderungen in der Gesamtregion vermutlich nicht zu erwarten sind. Gleichzeitig werden, ebenso wie in den letzten Jahren, zahlreiche, vor allem politische Turbulenzen in einzelnen Ländern nicht ausgeschlossen sein.

Vor einer ungewissen Zukunft stehen viele, wenn nicht die meisten Staaten. Mit Spannung verfolgt werden dürfte, wie der neue burkinische Präsident Kaboré mit seiner Regierung Reformen angeht. Der notorische „Problemfall“ Demokratische Republik Kongo könnte in Turbulenzen geraten, wenn die Nachfolfrage von Präsident Kabila nicht reibungslos geregelt werden kann. In Kamerun stellt sich angesichts des hohen Alters des Präsidenten Paul Biya, als einer der letzten „Dinosaurier“, ebenfalls die Nachfolfrage. In Nigeria bleibt abzuwarten, ob Präsident Buhari die Herausforderungen seines Landes meistern kann, zumal zuletzt Gerüchte wegen seines Gesundheitszustandes aufkamen.

Insbesondere Probleme wie der Kampf gegen die Islamisten von Boko Haram, die Armut und Korruption sowie das Management des Erdölsektors werden alles andere als leicht zu bewältigen sein. Für Post-Konfliktstaaten wie Mali und die Côte d'Ivoire gilt es, den eingeschlagenen Weg weiter voranzuschreiten. Die neue Regierung in der Zentralafrikanischen Republik steht vor noch größeren Herausforderungen. Der gewaltsame Islamismus bleibt eine Gefahr für die gesamte Region.



Nicht nur wegen der Flüchtlingsströme über das Mittelmeer und angesichts der Bedrohung durch den Islamismus sollte die Region aus Europa und dem Westen mehr Aufmerksamkeit erhalten, als dies bislang der Fall ist. Dazu gehört, positive Entwicklungen zur Kenntnis zu nehmen, ohne negative Ereignisse und Tendenzen zu leugnen. Die Aufgabe besteht darin, an der Lösung von Problemen mitzuwirken und positive Entwicklungen zu unterstützen. Bezüglich der Flüchtlingskrise könnte dies direkt positive Folgen für Europa haben.

Vor überzogenem Optimismus sei gewarnt. Der Wunsch nach „Leuchttürmen“ verführt oftmals dazu, Probleme und Risiken in Ländern mit guten Ansätzen zu übersehen. Mali war in der Vergangenheit solch ein Beispiel. Ghana oder der Senegal drohen nun auch vielleicht etwas zu häufig und zu laut als „Musterland“ gepriesen zu werden. Bis hin zu einer selbsttragenden politischen und wirtschaftlichen Transformation ist auch hier noch ein gutes Stück des Weges zu gehen. Insgesamt gilt es, ohne Verklärung und Verzerrung auf die differenzierte Realität der Region zu blicken.

Eine Reihe von konkreten Empfehlungen erscheinen sinnvoll: Die politische Transformation muss nicht zuletzt um stabile Rahmenbedingungen bemüht sein, um darauf tragfähige demokratische Entscheidungsprozesse aufbauen zu können. Zur Vertiefung der politischen Transformation gehört auch der Ausgleich zwischen ethnischen und religiösen Identitätsgruppen. Der Gefahr eines ausufernden Islamismus wird teilweise von außen gespeist, aber der Radikalisierung insbesondere von Jugendlichen kann innerhalb der Länder entgegengewirkt werden. Zur Gefahrenabwehr gehören auch professionelle Sicherheitskräfte, die für die Bekämpfung gewalttätiger Gruppen leider unerlässlich sind.



Es gibt keine Entwicklung ohne Sicherheit – und ohne Entwicklung gibt es langfristig keine Sicherheit.

Mit sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung kann die Bevölkerung gegen die Verlockungen des Extremismus immunisiert werden. Durch Marktwirtschaft generiertes nachhaltiges Wachstum schafft die Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Dasein, für Arbeitsplätze, effektive Gesundheitssektoren und tragfähige soziale Sicherungssysteme. Staaten, die von Rohstoffexporten abhängig sind, sollten die Diversifizierung ihrer Ökonomien vorantreiben und die Einnahmen sozial verträglich verteilen und in die Zukunft der Länder, d.h. in Infrastruktur und Bildung investieren. Mit Bildung kann die Zukunft der Länder in West- und Zentralafrika langfristig am nachhaltigsten gesichert werden.

Obwohl die in den entwicklungspolitischen Debatten wenig beachtet, ist die Bevölkerungsentwicklung ein weiterer wichtiger Bereich. Deutlich zu hohe Geburtenraten drohen alle Entwicklungserfolge in West- und Zentralafrika zunichte zu machen und verstärken damit zusätzlich Migrationsbewegungen nach Europa.

Die Eliten der Staaten der Region bleiben aufgerufen, dem Gemeinwohl ihrer Bürgerinnen und Bürger zu dienen und nicht den eigenen Machterhalt in den Vordergrund zu stellen. Politische und wirtschaftliche Transformation ist vor allem eine Aufgabe der Einwohner der Länder selbst. Entwicklungshilfe und andere internationale Zusammenarbeit können zwar akute Notsituationen lindern oder positive Entwicklungen unterstützen, im besten Fall sogar initiieren. Eine vollkommene Transformation der Länder von außen ist aber wenig realistisch. Erwartungen an die Entwicklungszusammenarbeit sind oft überzogen. Zudem ist eine paternalistische Haltung gerade gegenüber ehemaligen europäischen Kolonien weder angebracht noch zielführend. Die Rolle der internationalen Geber sollte sich auf Unterstützung konzentrieren, nicht auf Vorschriften.

Dies bedeutet nicht die Negierung einer wertegeleiteten Afrikapolitik. Die Unterstützung von Demokratie und menschlicher Entwicklung haben auch die Einwohner West- und Zentralafrikas verdient. Dies gilt umso mehr bei der Verhinderung weiterer Gewalteskalation. Ein sinnvoller Ansatz ist die Unterstützung bei der regionalen Integration, die in Westafrika bereits bei der Zusammenarbeit gegen den Terrorismus und Islamismus aber auch bei der Durchsetzung demokratischer Standards erkennbare Fortschritte gemacht hat.

Gerade westliche Länder sollten sich bewusst sein, dass es zu Zielkonflikten kommen kann. Die Priorität von Sicherheitsinteressen bezüglich der islamistischen Bedrohung im Sahel und Westafrika führt häufig dazu, dass Machthaber wie in Kamerun oder dem Tschad unterstützt werden, deren Verhalten langfristig den Interessen der internationalen Akteure und der Einwohner der Länder zu wider laufen. Solche Zielkonflikte sind vorausschauend zu antizipieren und nach Möglichkeit zu vermeiden. Kurzsichtige Politik könnte sich langfristig als kontraproduktiv erweisen.